



## **GT 2/12**

### **Berufliche Bildung von geduldeten Migrantinnen und Migranten**

Der Landesverband Bremen stellt beim Bundesgewerkschaftstag 2013 folgenden Antrag:

Berufliche Bildung von geduldeten Migrantinnen und Migranten

Die GEW setzt sich für das Recht auf Ausbildung für alle ein, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Der bremische Gewerkschaftstag verurteilt den Umgang der Behörden mit jugendlichen Migranten, die wegen ihres ungeklärten Aufenthaltsstatus oder wegen ihres ungeklärten Herkunftslandes keine gültigen Personalpapiere (Pässe) besitzen.

#### **Begründung**

Zahlreiche Jugendliche mit Migrationshintergrund werden in Deutschland nur geduldet – etwa weil ihre Eltern vor der Einreise in die Bundesrepublik ihre Personalpapiere vernichtet haben, um ihr Herkunftsland zu verschleiern und so möglicherweise einer Abschiebung zu entgehen. Diese Jugendlichen können keine Ausbildungsstelle antreten und leben in Duldung, Abschiebeerwartung oder -haft. Auch diese Jugendlichen haben ein Menschenrecht auf Bildung, auf Ausbildung und Arbeit, das auch die Bundesrepublik zu beachten und umzusetzen hat.